

Brautzsch, Hans-Ulrich

Article

Ostdeutschland 2003: Keine Trendwende bei der Beschäftigung

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Brautzsch, Hans-Ulrich (2003) : Ostdeutschland 2003: Keine Trendwende bei der Beschäftigung, *Wirtschaft im Wandel*, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 9, Iss. 3, pp. 81-84

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143236>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Tabelle 3:
Strukturmuster der Kandidaten- und Kohäsionsländer, im Jahre 1999
- Anteile^a in % des gesamten Verarbeitenden Gewerbes -

	Arbeitsintensive Branchen	Kapitalintensive Branchen	Technologieintensive Branchen	Niedrigqualifikationsintensive Branchen
<i>Kandidatenländer</i>				
Estland	42,4	5,8	6,1	29,6
Polen	30,8	9,5	7,1	34,5
Slowakei	19,7	23,6	12,2	25,3
Slowenien	22,7	9,2	15,7	27,1
Tschechien	29,2	10,8	10,1	25,6
Ungarn	26,0	11,3	12,0	31,1
<i>Kohäsionsländer</i>				
Griechenland	27,3	18,6	6,8	33,6
Portugal	48,4	7,0	4,6	25,0
Griechenland	33,0	11,8	7,6	30,0

^a Gemessen in Anteilen von Beschäftigten, in der Slowakei und Slowenien abweichend in Wertschöpfungsanteilen. Die Summe der berücksichtigten Branchen bleibt unter 100%, da sich nicht alle Branchen eindeutig einer der vier gewählten Klassen zuteilen lassen.

Quellen: EUROSTAT; OECD; Nationale Statistische Ämter; Berechnungen des IWH.

Tatsächlich ist das Verarbeitende Gewerbe in diesen beiden Ländern deutlich stärker auf technologieintensive Branchen und etwas schwächer auf arbeitsintensive Branchen spezialisiert als das der drei Kohäsionsländer (vgl. Tabelle 3). Ähnliches gilt auch für Tschechien und Ungarn, wenn auch hier die arbeitsintensiven Branchen ein etwas stärkeres Gewicht im Verarbeitenden Gewerbe einnehmen.

Im Rahmen des Modells würde sich demnach eine Konvergenz der Strukturen der weiter entwickelten Assoziierungsländer auf das durchschnittliche Spezialisierungsmuster der drei Kohäsionsländer negativ auf die projizierten Potenziale der Arbeitsproduktivität des Verarbeitenden Gewerbes auswirken.

Johannes.Stephan@iwh-halle.de

Ostdeutschland 2003: Keine Trendwende bei der Beschäftigung

Im Jahr 2002 hat sich die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt weiter eingetrübt. Bei Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 102 000 Personen gegenüber dem Vorjahr ab. Davon gingen per saldo 73 000 Beschäftigungsverhältnisse auf dem ersten Arbeitsmarkt verloren. Betroffen waren – wie schon in den Jahren zuvor – das Baugewerbe und der öffentliche Sektor. Auch die weitere Rückführung der „klassischen“ Instrumente der Arbeitsmarktpolitik trug zur Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen bei. So waren in Arbeitsbeschaf-

ungsmaßnahmen und traditionellen Strukturpassungsmaßnahmen 29 000 Personen weniger tätig als im Vorjahr.

Vor allem die steigende Arbeitslosenzahl sorgte im Jahr 2002 für die Zunahme der Unterbeschäftigung um 18 000 Personen gegenüber dem Vorjahr. Letztgenannte blieb allerdings unter ihrem Niveau in den neunziger Jahren (vgl. Abbildung 1). Die registrierte Arbeitslosigkeit kletterte im vergangenen Jahr auf einen Stand von 1,274 Mio. Personen. Dies entspricht einer – auf die Erwerbspersonen (Inländer) bezogenen – Arbeitslosenquote von 17,7%.

Tabelle:
Eckdaten zum Arbeitsmarkt in Ostdeutschland (ohne Berlin)

		2000	2001	2002	2003
		in 1 000 Personen			
1	Erwerbsfähige ^a	9 739	9 688	9 624	9 568
2	Erwerbstätige in Ostdeutschland (Inland)	5 927	5 834	5 732	5 725
3	Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(2)-(15)]	5 747	5 684	5 611	5 615
4	<i>Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt^b</i>	149	148	150	150
5	<i>Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen [(3)-(4)]</i>	5 598	5 536	5 461	5 465
6	Pendlersaldo	-352	-385	-410	-420
7	Erwerbstätige aus Ostdeutschland (Inländer) [(2)-(6)]	6 279	6 219	6 142	6 145
8	Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(7)-(15)]	6 099	6 069	6 021	6 035
9	<i>darunter: Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen [(8)-(4)]</i>	5 950	5 921	5 871	5 885
10	Unterbeschäftigung [(11)+(12)]	1 706	1 698	1 716	1 680
11	<i>Arbeitslose</i>	1 244	1 259	1 274	1 240
12	<i>Sonstige Unterbeschäftigte [(13)+(14)+(15)+(16)+(17)+(18)+(19)+(20)]</i>	462	439	442	440
13	<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	35	35	41	41
14	<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	12	13	19	18
15	<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen^c</i>	180	150	121	110
16	<i>Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (nur Vollzeitmaßnahmen)</i>	129	125	120	120
17	<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	5	5	6	6
18	<i>Vorruehändler^d</i>	78	81	98	105
19	<i>Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten</i>	5	6	7	10
20	<i>Ausfall durch sonstige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen^e</i>	18	24	30	30
21	Erwerbspersonenpotenzial ohne Stille Reserve ^f [(8)+(10)-(14)-(19)]	7 788	7 748	7 711	7 687
		in % (Inländerkonzept)			
22	Erwerbsbeteiligungsquote [(21)/(1)*100]	80,0	80,0	80,1	80,3
23	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt [(8)/(1)*100]	62,6	62,6	62,6	63,1
24	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen [(9)/(1)*100]	61,1	61,1	61,0	61,5
25	Erwerbstätigenquote insgesamt [(7)/(1)*100]	64,5	64,2	63,8	64,2
26	Unterbeschäftigungsquote [(10)/(21)*100]	21,9	21,9	22,3	21,9
27	Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung {[[(11)+(13)]/(10)*100}	75,0	76,2	76,6	76,3
28	Arbeitslosenquote {[[(11)+(13)]/[(7)-(14)+(11)+(13)]*100}	16,9	17,3	17,7	17,3
29	Quote der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen {[[(4)+(12)]/(21)*100}	7,8	7,6	7,7	7,7
		in Millionen Stunden			
30	Geleistetes Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) [(31)*(2)*1000]	9 288	9 089	8 896	8 839
		in Stunden			
31	Geleistetes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen (Inland)	1 567,1	1 557,9	1 552,4	1 543,9
		in 1 000 Personen			
32	Gemeldete Stellen	60	63	65	
33	Offene Stellen insgesamt ^g	153	140		
		Personen			
34	Unterbeschäftigte je gemeldete Stelle [(10)/(32)*100]	28,4	27,0	26,4	
35	Unterbeschäftigte je offene Stelle insgesamt [(10)/(33)*100]	11,2	12,1		

Tabellenerklärung:

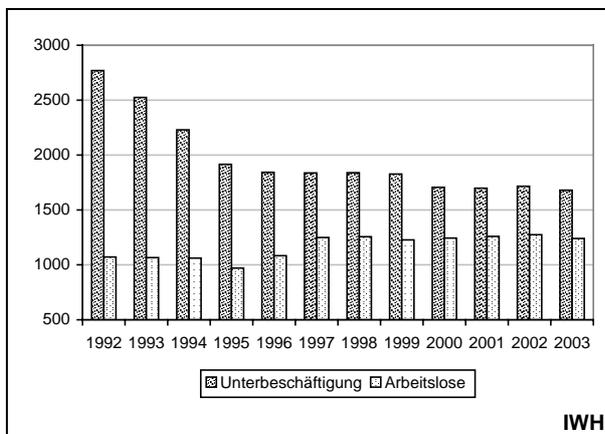
^a Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – ^b Teilnehmer an Struktur Anpassungsmaßnahmen Ost für Unternehmen (SAM OfW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuss; Überbrückungsgeld; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^c Einschließlich traditionelle Struktur Anpassungsmaßnahmen; ab 2002: einschließlich Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen. – ^d Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – ^e Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^f Der Abzug des Arbeitsausfalls bei Kurzarbeit und durch Altersteilzeit erfolgt, um eine Doppelzählung zu vermeiden. Arbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung oder traditioneller Teilzeitbeschäftigung sind mangels Quantifizierbarkeit doppelt enthalten. – ^g Zu den *Offenen Stellen insgesamt* zählen die bei den Arbeitsämtern *gemeldeten Stellen* sowie die dem Arbeitsamt *nicht gemeldeten offenen Stellen*, die vom IAB durch eine Hochrechnung ermittelt werden.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: Januar 2003); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IWH; 2003: Prognose des IWH.

Anmerkung:

Die IWH-Arbeitsmarktbilanz weist – rückwirkend ab dem Jahr 2000 – einige früher nicht erfasste Formen der Unterbeschäftigung nach. Außerdem werden die Struktur Anpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen nunmehr den direkten Eingliederungshilfen zugerechnet (Zeile 4). Die Vergleichbarkeit mit früher veröffentlichten Arbeitsmarktbilanzen ist daher eingeschränkt. Zur Methodik vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; HARDT, G.; SCHULTZ, B.: Neue Arbeitsmarktbilanz: Mehr Transparenz von arbeitsmarktpolitischen Eingriffen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 10/2002, S. 313-317.

Abbildung 1:
 Unterbeschäftigung und Arbeitslose von 1992 bis 2003 in Ostdeutschland (ohne Berlin)
 - in 1 000 Personen -



Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2003: Prognose des IWH.

Den Ernst der Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt macht auch die geringe Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten freien Stellen sichtbar. Danach waren in Ostdeutschland im Durchschnitt des Jahres 2002 nur etwa 65 000 freie Stellen bei den Arbeitsämtern gemeldet. Diesen standen 1,72 Mio. Unterbeschäftigte gegenüber.²⁰ Damit kamen

²⁰ Dabei sind noch nicht die Personen einbezogen, die zur Stillen Reserve zählen.

26 Unterbeschäftigte auf eine freie Stellen. In Westdeutschland (mit Berlin) waren es 9. Werden auch die freien Stellen mit einbezogen, die den Arbeitsämtern nicht gemeldet werden, standen nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Jahr 2001 in Ostdeutschland insgesamt 140 000 freie Stellen zur Verfügung.²¹ Damit kamen etwa 12 Unterbeschäftigte auf eine freie Stelle. In Westdeutschland (mit Berlin) waren es im gleichen Jahr „nur“ 3. Das geringe Potenzial von freien Arbeitsplätzen gerade in Ostdeutschland macht deutlich, dass bei der gegenwärtigen gesamtwirtschaftlichen Schwäche mit einer Vermittlungsoffensive nur ein sehr bescheidener Beitrag zum Abbau der Unterbeschäftigung geleistet werden kann.²²

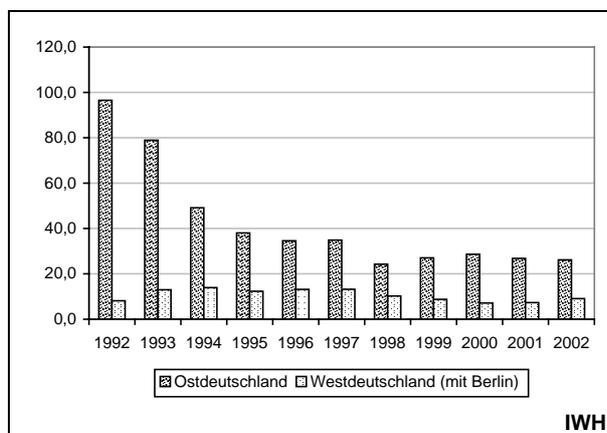
Im Jahr 2003 wird insbesondere wegen der Aktivitäten zur Beseitigung der Flutschäden und der positiven Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe das Wachstumstempo zunehmen.²³ Das

²¹ Vgl. MAGVAS, E.; SPITZNAGEL, E.: Deutliche Bremsenspur auch im gesamten Stellenangebot. IAB Kurzbericht 14/2003, S. 3.

²² Vgl. ebenda, S. 6 f.

²³ ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Konjunkturausblick des IWH für 2003: Warten auf Godot?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2003, S. 12.

Abbildung 2:
 Unterbeschäftigte je gemeldeter Stelle^a von 1992 bis 2002 in Ost- und Westdeutschland
 - in % -



^a Relation der Unterbeschäftigten zu den bei der Bundesanstalt für Arbeit gemeldeten Stellen.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Wachstum ist damit aber noch nicht stark genug, um den Rückgang der Erwerbstätigenzahl zu stoppen. Der Trend zum Beschäftigungsabbau bleibt

damit vorerst ungebrochen. Er wird jedoch deutlich geringer ausfallen als in den Vorjahren. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird allerdings nicht steigen, sondern um etwa 34 000 Personen gegenüber dem Vorjahr abnehmen. Maßgeblich dafür ist der weitere Rückgang der Zahl der Erwerbsfähigen.

Der Einfluss der von der „Hartz-Kommission“ angestoßenen Vorhaben auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt wird insgesamt bescheiden sein.²⁴ Dies ist insbesondere auf das sehr schmale Angebot an freien Stellen zurückzuführen. Auch dürfte die Schaffung neuer Arbeitsplätze bei den haushalt-nahen Dienstleistungen durch die geringe Zahl von einkommensstarken Haushalten gerade in Ostdeutschland deutlich begrenzt sein. Alles in allem sind die bisher angeschobenen arbeitsmarktpolitischen Vorhaben nicht weitreichend genug, um eine grundlegende Besserung der Lage am ostdeutschen Arbeitsmarkt herbeizuführen.

Hans-Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de

IWH-Industrienumfrage zum Jahresauftakt 2003: Zurückhaltende Umsatz- und Beschäftigungspläne in der ostdeutschen Industrie

Die schwache Konjunktur in der deutschen Wirtschaft im Jahr 2002 schlug sich in einer drastischen Verlangsamung der Umsatzentwicklung der ostdeutschen Industrie nieder. Der Umsatz stieg zwar noch, der Zuwachs betrug aber lediglich 1,6% und lag damit weit unter dem Ergebnis des Vorjahres.²⁵

Auf Unternehmensebene verbirgt sich dahinter ein weites Spektrum, das von Schrumpfung bis zu kräftiger Expansion reicht. Wie die IWH-Umfrage im Januar 2003 unter 300 ostdeutschen Unternehmen ergab, steigerten zwei von fünf ihre Umsätze gegenüber dem Vorjahr (vgl. Tabelle 1). Annähernd 30% verwiesen sogar auf Umsatzsteigerungen von 10% und mehr. Allerdings ging der Umsatz auch bei zwei von fünf Unternehmen zurück.

Besonders deutlich zeigen sich die divergierenden Entwicklungen im Investitionsgütergewerbe. Angesichts der anhaltenden Investitionsschwäche in der deutschen Wirtschaft wurden hier sogar überdurchschnittlich häufig Einbußen von 10% und mehr gemeldet.

Der Umsatzzuwachs wurde auch im Jahr 2002 fast ausschließlich vom Export getragen, obwohl die Nachfrage aus dem Ausland deutlich langsamer gestiegen ist als im Jahr zuvor. Er erhöhte sich um 4,6%, während sich der Inlandsumsatz mit 0,7% nur schwach entwickelte.²⁶

Von den Unternehmen mit Export – das ist reichlich die Hälfte der Umfrageteilnehmer – meldeten rund 60% höhere Auslandsumsätze. Fast die Hälfte gab sogar Steigerungen von 10% und mehr an. Hierbei waren die Hersteller von Ge- und Ver-

²⁴ Vgl. ebenda, S. 14 ff.

²⁵ Statistisches Bundesamt.

²⁶ Vgl. ebenda.